

Anfrage lt. Geschäftsordnung des Rats Herrn Paul Rohde vom 31.03.2010:
hier: Beantwortung der Fragen

Fragen:

1. Sie haben eine solche Liste nach CDU-Forderung bereits am 07.12.2009 in Kurzform vorgelegt. Wie wird sich die neue Liste von der ursprünglichen unterscheiden?
2. Warum wurde eine solche Liste nicht früher erstellt?
3. Wann wird die endgültige Liste vorliegen?
4. Welche Maßnahmen sind aufgrund der Liste geplant?
5. Werden Sie jetzt eigene Vorschläge zur Ausgabenreduzierung vorlegen?
6. Werden Sie jetzt die Notwendigkeit von Subventionen anhand von Rechenschaftsberichten überprüfen?
7. Werden jetzt auch mögliche Verkäufe von Immobilien (z.B. Fact-Häuser) zur Disposition gestellt?
8. Werden eventuell nicht zwingend notwendige Stellen im Stellenplan auf ihre unverzichtbare Notwendigkeit überprüft?
9. Sollen lang- oder mittelfristige Verpflichtungen (z.B. Mitgliedschaften) termingerecht gekündigt werden?

Antworten:

Zu 1:

Die im Dezember 2009 vorgelegte Liste der „freiwilligen Leistungen“ enthält jenen Teil der Leistungen, der relativ schnell und einfach ermittelt werden kann. Diese Liste hat grundsätzlich die gleichen Inhalte, wie sie auch in Listen enthalten sind, die von anderen Städten erstellt werden (z.B. Stadt Lehrte im März 2010). Es war immer Absicht der Verwaltung, eine „erweiterte Liste“ zu erstellen, die inhaltlich über die Liste vom Dezember 2009 hinaus geht.

Jedoch ist diese „erweiterte Liste“ nicht einfach zu erstellen.

Zum einen gibt es „freiwillige Leistungen“ für die aufwändige Berechnungen durchzuführen sind und bei denen ggf. auch nur Annahmen und/oder Schätzungen gemacht werden können (Beispiel: Bäder).

Zum anderen ist bei diversen städtischen Leistungen zunächst zu klären, ob diese „freiwillig“ sind. Denn der Begriff der „freiwilligen Leistungen“ ist in der GemHKVO nicht definiert. Daher muss zunächst einmal seitens der Verwaltung und der Politik definiert werden, welche Leistungen oder Leistungsbestandteile überhaupt als „freiwillig“ angesehen werden (Beispiel: Öffnungszeiten im Bürgerbüro, Feuerwehrausstattung über der Mindeststärke-VO).

Erst wenn diese Definition erfolgt ist, kann die konkrete Ausgestaltung der Liste eindeutig bestimmt werden.

Zu 2:

Wie zu Frage 1 bereits erläutert, geht es zunächst um eine Definition der „freiwilligen Leistungen“. Hierzu wurden Recherchen angestellt und schließlich ein Subventionsbericht der LHH als Grundlage für diese Definition herangezogen. Dieser Subventionsbericht aus dem Jahre 1998 lag der Verwaltung erst in der 2. Januarhälfte vor. Dann wurde die Eig-

nung des zwölf Jahre alten Berichts geprüft. Vorgesehen war, dieses Ergebnis in der Runde der Fraktionsvorsitzenden am 22. März vorzustellen und die weitere Vorgehensweise fest zu legen. Diese Sitzung ist ausgefallen und nunmehr auf den 27. April terminiert.

Zu 3:

Die neue Liste wird vsl. nach der Sommerpause vorliegen.

Zu 4:

Diese Frage kann zur Zeit nicht konkret beantwortet werden. Die Liste ist zudem keine Grundlage für Planungen, sondern vielmehr Grundlage für politische Entscheidungen.

Zu 5:

Wie oben erläutert, ist eine Definition der „freiwilligen Leistungen“ erforderlich. Dieses kann sinnvoller Weise nur gemeinsam mit der Politik geschehen. Ausgehend von diesen Gesprächen wird die Verwaltung die finanziellen Auswirkungen berechnen und der Politik zur Entscheidung vorlegen.

Zu 6:

In dem zu erstellenden Subventionsbericht werden diejenigen Leistungen aufgelistet, die als freiwillig betrachtet werden. Bzgl. der „Notwendigkeit“ dieser Leistungen kann die Verwaltung ihr Urteil abgeben. Entscheiden muss aber die Politik.

Zu 7:

Da die Liste noch nicht fertig ist, kann über die konkreten Inhalte derzeit keine Auskunft gegeben werden.

Zu 8:

Im Rahmen der Erstellung des Subventionsberichtes werden die Stellenanteile der jeweiligen Leistungen so weit es geht ermittelt und in dem Bericht ausgewiesen.

Zu 9:

Wenn sich im Rahmen der politischen Diskussion über die Inhalte des Subventionsberichtes herausstellt, dass Mitgliedschaften gekündigt werden sollen, so können diese auch gekündigt werden.

Burgdorf, 06.04.2010

(gez. Kauter)